



N i e d e r s c h r i f t

**der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Ausschusses für
Klimaschutz, Umwelt und Ordnung am 08.07.2021**

öffentlich

Ort: Videokonferenz
Zeit: 16:00 Uhr bis 19:22 Uhr
Anwesenheit: siehe Teilnehmerverzeichnis

Anwesend waren:

Mitglieder

Alexander Raue	Ausschussvorsitzender, AfD-Stadtratsfraktion Halle
Anja Krimmling-Schoeffler	Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale)
Marion Krischok	Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale)
Dr. Christoph Bergner	CDU-Stadtratsfraktion Halle (Saale), Vertreter für Herrn Scholtyssek
Steve Mämecke	CDU-Stadtratsfraktion Halle (Saale), Teilnahme bis 19:03 Uhr
Wolfgang Aldag	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Beate Thomann	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Johannes Menke	Fraktion Hauptsache Halle & Freie Wähler
Dr. Regina Schöps	Fraktion MitBürger & Die PARTEI, Vertreterin für Frau Jacobi
Dr. Silke Burkert	SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale), Teilnahme bis 19:05 Uhr
Yana Mark	Fraktion Freie Demokraten im Stadtrat von Halle (Saale), Teilnahme bis 18 Uhr
Jens Breitengraser	Sachkundiger Einwohner
Torsten Doege	Sachkundiger Einwohner
Torsten Hahnel	Sachkundiger Einwohner, Teilnahme bis 17:30 Uhr
Holger Krause	Sachkundiger Einwohner, Teilnahme bis 19:12 Uhr
Anne-Marleen Müller-Bahlke	Sachkundige Einwohnerin
Sabine Wolf	Sachkundige Einwohnerin, Teilnahme bis 16:58 Uhr

Verwaltung

Oliver Paulsen	Grundsatzreferent
René Rebenstorf	Beigeordneter Stadtentwicklung und Umwelt
Tobias Teschner	Leiter Fachbereich Sicherheit
Daniel Zwick	Leiter Dienstleistungszentrum Klimaschutz
Steffen Johannemann	Leiter Abteilung Umweltrechtlicher Vollzug
Sarah Lange	Protokollführerin

Entschuldigt fehlten:

Andreas Scholtyssek	CDU-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Dörte Jacobi	Fraktion MitBürger & Die PARTEI
Burkhard Lothholz	sachkundiger Einwohner
Stefan Schulz	Sachkundiger Einwohner
Heinz-Jürgen Seilkopf	Sachkundiger Einwohner

zu **Einwohnerfragestunde**

Es gab keine Einwohneranfragen.

zu 1 **Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit**

Die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Klimaschutz, Umwelt und Ordnung wurde von dem Vorsitzenden, **Herrn Raue**, eröffnet und geleitet. Er stellte die Ordnungsmäßigkeit der Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

zu 2 **Feststellung der Tagesordnung**

Herr Raue wies auf folgende Dringlichkeit hin:

Dringlichkeiten

Baubeschluss Hochwasserfolgemaßnahme Nr. 92 Riveufer (Promenade)
Vorlage: VII/2021/02426

Herr Raue wies auf weitere Änderungen und Ergänzungen hin:

TOP 5.3

Antrag der CDU-Fraktion zur Qualifizierung des „Integrierten Dürreschutzkonzepts“
Vorlage: VII/2021/02628

- **Hierzu liegt ein ÄA der Fraktion Hauptsache Halle & FREIE WÄHLER und der Fraktion B90/DIE GRÜNEN vor**

TOP 5.8

Antrag der Fraktion Hauptsache Halle & FREIE WÄHLER zur Errichtung eines betreuten Taubenschlags auf dem Dach der Hochhaus-Scheibe A
Vorlage: VII/2021/02484

- **ÄA des Oberbürgermeisters übernommen**
- **hier liegt ein Änderungsantrag des Oberbürgermeisters vor, Behandlung unter TOP 5.8.1**

Herr Paulsen wies darauf hin, dass die Verwaltung für die Anträge TOP 5.4, TOP 5.5 und TOP 5.8 keine Zuständigkeit des Ausschusses sieht und daher empfiehlt, diese von der Tagesordnung abzusetzen. Des Weiteren sollten die Anträge TOP 5.2 und TOP 5.11 aufgrund der Inhalte zusammen diskutiert werden.

Herr Menke sprach sich gegen die Absetzung des TOPs 5.8 aus.

Herr Rebenstorf begründete die Dringlichkeit.

Frau Krischok stellte den Geschäftsordnungsantrag auf Absetzung der Tagesordnungspunkte 5.4, 5.5. und 5.8 aufgrund der Nichtzuständigkeit des Ausschusses.

Herr Raue bat um Abstimmung der Dringlichkeit und zur Aufnahme auf die Tagesordnung.

Abstimmungsergebnis Dringlichkeit: **einstimmig zugestimmt
mit 2/3-Mehrheit**

Herr Raue bat um Abstimmung des Geschäftsordnungsantrags auf Absetzung der Anträge TOP 5.4, TOP 5.5 und TOP 5.8. Er sprach sich gegen die Absetzung des Tagesordnungspunktes 5.5 aus.

Abstimmungsergebnis GO-Antrag TOP 5.4: **mehrheitlich zugestimmt**

Abstimmungsergebnis GO-Antrag TOP 5.5: **mehrheitlich zugestimmt**

Abstimmungsergebnis GO-Antrag TOP 5.8: **mehrheitlich zugestimmt**

Es gab keine Wortmeldungen und **Herr Raue** bat um Abstimmung der geänderten Tagesordnung.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich zugestimmt**

Somit wurde folgende geänderte Tagesordnung festgestellt:

3. Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift
 - 3.1. Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift vom 20.05.2021
 - 3.2. Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift vom 10.06.2021
4. Beschlussvorlagen
 - 4.1. Baubeschluss Hochwasserfolgemaßnahme Nr. 92 Riveufer (Promenade)
Vorlage: VII/2021/02426
5. Anträge von Fraktionen und Stadträten
 - 5.1. Antrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zur Änderung der Rahmenvereinbarung zur gewerblichen Beförderung von Briefsendungen
Vorlage: VII/2021/02632
 - 5.2. Antrag der CDU-Fraktion zur Prüfung der Vergabe einer Sondernutzungserlaubnis für die Betreiber von E-Tretroller-Verleihsystemen (E-Scooter) für die bessere Steuerung der E-Mobilität in Halle
Vorlage: VII/2021/02613

Behandlung TOP 5.11

- 5.3. Antrag der CDU-Fraktion zur Qualifizierung des „Integrierten Dürreschutzkonzepts“
Vorlage: VII/2021/02628
- 5.3.1. Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Antrag der CDU-Fraktion zur Qualifizierung des "Integrierten Dürreschutzkonzepts" VII/2021/02628
Vorlage: VII/2021/02892
- 5.3.2. Änderungsantrag der Fraktion Hauptsache Halle & FREIE WÄHLER zum Antrag der CDU-Fraktion zur Qualifizierung des „Integrierten Dürreschutzkonzepts“
Vorlage: VII/2021/02893
- 5.4. Antrag der AfD-Stadtratsfraktion zur Errichtung eines Motoball-Trainingsgeländes
Vorlage: VII/2021/02647
- 5.5. Antrag der AfD-Stadtratsfraktion für eine Konzeption zur gerechten Verteilung der Belastungen durch Asyl- und Migration sowie zur Verminderung der Segregation von Ausländern im Stadtgebiet
Vorlage: VII/2021/02648
- 5.6. Antrag der Fraktion MitBürger & Die PARTEI zur Wiedereinrichtung eines städtischen Forstamtes
Vorlage: VII/2021/02659
- 5.7. Antrag der Fraktion Hauptsache Halle zum Schutz des Baumbestandes der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: VII/2021/02364
- 5.8. Antrag der Fraktion Hauptsache Halle & FREIE WÄHLER zur Errichtung eines betreuten Taubenschlags auf dem Dach der Hochhaus-Scheibe A
Vorlage: VII/2021/02484
- 5.8.1. Änderungsantrag des Oberbürgermeisters zum Antrag der Fraktion Hauptsache Halle & FREIE WÄHLER zur Errichtung eines betreuten Taubenschlags auf dem Dach der Hochhaus-Scheibe A
Vorlage: VII/2021/02668
- 5.9. Antrag der Fraktion Hauptsache Halle & FREIE WÄHLER zur Bepflanzung geeigneter Flächen im Stadtgebiet von Halle (Saale) mit Obstbäumen und Obststräuchern
Vorlage: VII/2021/02486
- 5.10. Antrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) Mehrwegsysteme fördern – Verpackungsmüll reduzieren
Vorlage: VII/2021/02661
- 5.11. Antrag der Fraktion Freie Demokraten (FDP) zur Ausweisung von Stellflächen für E-Scooter an Knotenpunkten
Vorlage: VII/2021/02778
- 6. schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten
- 6.1. Anfrage der Stadträtin Marion Krischok (DIE LINKE) zur Übernahme von Patenschaften
Vorlage: VII/2021/02780

7. Mitteilungen
8. Beantwortung von mündlichen Anfragen
9. Anregungen
10. Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift
- 10.1. Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift vom 20.05.2021
- 10.2. Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift vom 10.06.2021
11. Beschlussvorlagen
12. Anträge von Fraktionen und Stadträten
13. schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten
14. Mitteilungen
15. Beantwortung von mündlichen Anfragen
16. Anregungen

zu 3 Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift

zu 3.1 Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift vom 20.05.2021

Es gab keine Anmerkungen zur öffentlichen Niederschrift vom 20. Mai 2021, sodass diese durch die Ausschussmitglieder bestätigt wurde.

Abstimmungsergebnis: bestätigt

zu 3.2 Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift vom 10.06.2021

Es gab keine Anmerkungen zur öffentlichen Niederschrift vom 10. Juni 2021, sodass diese durch die Ausschussmitglieder bestätigt wurde.

Abstimmungsergebnis: bestätigt

zu 4 **Beschlussvorlagen**

zu 4.1 **Baubeschluss Hochwasserfolgemaßnahme Nr. 92 Riveufer (Promenade)** **Vorlage: VII/2021/02426**

Herr Rebenstorf brachte die Vorlage der Verwaltung ein und begründete diese.

Frau Trettin ergänzte anhand einer Präsentation die Ausführungen.

Herr Aldag gab zu bedenken, dass der Beschlussvorschlag keine wesentlichen Verbesserungen für die Bäume schafft. Seiner Meinung nach wäre eine schmalere Straße die bessere Variante gewesen. Er bat darum, mit der Baufirma ins Gespräch zu kommen, um die besondere Sensibilität der Bäume zu betonen. Weiterhin fragte er, inwiefern der Grünstreifen zwischen den Bäumen aufrechterhalten werden kann und gewährleistet wird, dass künftig keine Fahrzeuge über den Grünstreifen fahren.

Frau Trettin antwortete, dass im Zuge der Planungsleistung eine dendrologische Baubegleitung beauftragt wurde. Der Dendrologe wird vor allem in der Abbruchphase der Baumaßnahme täglich vor Ort sein. Zum Grünstreifen (Bankettstreifen) antwortete sie, dass mithilfe eines Spezialsubstrates versucht wird, eine Rasenfläche anzulegen. Zudem bringt der Bordstein mit einer Höhe von 15 Zentimetern eine deutliche Verbesserung mit sich.

Herr Rebenstorf sicherte eine Information über die weiteren verkehrsorganisatorischen Maßnahmen am Riveufer nach der Sommerpause zu. Des Weiteren bestätigte er seine regelmäßige Teilnahme an der Projektrunde mit der Baufirma und dem Dendrologen, um nochmals auf die besondere Öffentlichkeitswirksamkeit und Sensibilität hinzuweisen.

Frau Krimmling-Schoeffler fragte, auf was sich das ggf. beim Punkt Ersatzpflanzungen bezieht, in welchem Verhältnis die Ersatzpflanzungen erfolgen und welche Baumart nachgepflanzt wird

Frau Trettin antwortete, dass die Fällgenehmigungen noch nicht abgeschlossen sind und daher noch keine konkreten Aussagen getroffen werden können. Das ggf. bezieht sich nur auf einen Ersatz, wenn ein Baum gefällt wird. Die Artenauswahl der Ersatzpflanzung wird noch final geklärt. Hierbei schaut man vor allem auf die derzeitigen Klimaanpassungen. Die Ausgleichspflanzungen werden im Verhältnis 1 zu 2 erfolgen.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen und **Herr Raue** bat um Abstimmung der Beschlussvorlage.

zu 4.1 **Baubeschluss Hochwasserfolgemaßnahme Nr. 92 Riveufer (Promenade)** **Vorlage: VII/2021/02426**

**Abstimmungsergebnis sachkundige
Einwohnerinnen und Einwohner:**

einstimmig zugestimmt

**Abstimmungsergebnis Stadträtinnen
und Stadträte:**

einstimmig zugestimmt

Beschlussempfehlung:

Der Stadtrat beschließt die Realisierung der Fluthilfemaßnahme Nr. 92 Riveufer (Promenade) entsprechend der Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen zur Beseitigung der Hochwasserschäden 2013 (Richtlinie Hochwasserschäden Sachsen-Anhalt 2013).

zu 5 Anträge von Fraktionen und Stadträten

zu 5.1 Antrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zur Änderung der Rahmenvereinbarung zur gewerblichen Beförderung von Briefsendungen Vorlage: VII/2021/02632

Frau Krimmling-Schoeffler brachte den Antrag ihrer Fraktion ein und Strich im ersten Satz „aktuellen und“.

Herr Heinz informierte, dass der Auftragnehmer, der Marketing Service in Magdeburg, bereits jetzt schon darauf achtet emissionsfrei (Einsatz von Lastenfahrräder und E-Fahrzeuge) zu arbeiten. Bei der Routenplanung werden konventionelle Fahrzeuge ausschließlich in den Randgebieten eingesetzt. Er befürwortete den geänderten Antrag.

Frau Dr. Schöps merkte an, dass dieses Verfahren bereits seit August 2020 in Leipzig umgesetzt wird. Sie fragte, ob ein Erfahrungsaustausch mit Leipzig stattgefunden hat.

Herr Heinz verneinte dies. Er sicherte einen Erfahrungsaustausch zu.

Herr Dr. Bergner fragte, ob die jetzige Zustimmung der Verwaltung mit der Streichung der Passage „aktuellen und“ zusammenhängt.

Herr Heinz bejahte dies.

Frau Mark fragte, inwiefern eine vollständige Umsetzung der emissionslosen Arbeit durch künftige Dienstleister möglich ist.

Herr Raue gab zu bedenken, dass Unternehmen, die eine emissionslose Arbeit nicht gewährleisten können, von Vergabeverfahren ausgeschlossen werden. Er schlug im Zuge von künftigen Ausschreibeverfahren vor, eine vorherige Analyse durchzuführen, inwiefern potenzielle Firmen diese Anforderungen (emissionsloses Arbeiten) erfüllen können.

Herr Heinz prognostizierte, dass die E-Mobilität bis 2024 soweit fortgeschritten sein wird, dass keine Bewerbungsengpässe bestehen werden.

Frau Krimmling-Schoeffler betonte, dass Klimaschutzmaßnahmen nicht durch den Markt geregelt werden. Sie warb um Zustimmung.

Herr Raue sagte, dass sich der Antrag bis 2024 erledigt hat und seine Fraktion dem Antrag daher nicht zustimmen wird

Es gab keine weiteren Wortmeldungen und **Herr Raue** bat um Abstimmung des Antrags.

**zu 5.1 Antrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zur Änderung der Rahmenvereinbarung zur gewerblichen Beförderung von Briefsendungen
Vorlage: VII/2021/02632**

**Abstimmungsergebnis sachkundige
Einwohnerinnen und Einwohner:**

zugestimmt nach Änderungen

**Abstimmungsergebnis Stadträtinnen
und Stadträte:**

zugestimmt nach Änderungen

Beschlussempfehlung:

In den ~~aktuellen~~ und zukünftigen Ausschreibungen zur gewerbsmäßigen Beförderung von Briefsendungen für die Stadt Halle (Saale) werden die „allgemeinen Bedingungen“ für die Zustellung im Stadtgebiet der Stadt Halle (Saale) um die folgenden Punkte erweitert:

- Die Beförderung von Briefsendungen im Bereich der Innenstadt (Altstadt, südliche und nördliche Innenstadt) erfolgt mit Lastenfahrrädern, Fahrrädern oder zu Fuß.
- Außerhalb des Innenstadtbereichs erfolgt die Beförderung von Briefsendungen mit Lastenfahrrädern, Fahrrädern, E-Fahrzeugen oder zu Fuß.

**zu 5.2 Antrag der CDU-Fraktion zur Prüfung der Vergabe einer Sondernutzungserlaubnis für die Betreiber von E-Tretroller-Verleihsystemen (E-Scooter) für die bessere Steuerung der E-Mobilität in Halle
Vorlage: VII/2021/02613**

zu Behandlung TOP 5.11

**zu 5.11 Antrag der Fraktion Freie Demokraten (FDP) zur Ausweisung von Stellflächen für E-Scooter an Knotenpunkten
Vorlage: VII/2021/02778**

Herr Dr. Bergner brachte den Antrag seiner Fraktion ein und begründete diesen.

Frau Mark brachte den Antrag ihrer Fraktion ein und begründete diesen. Sie bezog sich auf den Antrag der CDU-Fraktion und sagte, dass es keinen sachlichen Grund gibt, sich auf einen Anbieter zu beschränken. Sie bat um Stellungnahme der Verwaltung, ob der Antrag rechtlich zulässig ist und um welche Sondernutzung es sich handelt.

Herr Teschner sagte, dass es keine bundeseinheitliche Rechtsprechung zu Sondernutzungen gibt. Er bat darum, die beiden Anträge nicht zu beschließen, sondern auf das Mobilitätskonzept, welches derzeit erarbeitet wird, zu warten. Das Konzept wird die angesprochenen Themen aufgreifen und auswerten.

Herr Krause fragte, inwiefern digitale Nachverfolgung durch E-Tracking möglich ist, um mögliche Standorte zu definieren. Des Weiteren fragte er, nach der Grundlage der Betreuung durch die beiden Anbieter und wie lange diese befristet ist.

Herr Teschner antwortete, dass die Anbieter die Nutzungsdaten bereits zur Verfügung stellen. Es gibt keine vertragliche Beziehung mit den Betreibern. Die Betreuung erfolgt derzeit als Modellprojekt und ist zeitlich nicht befristet.

Herr Krause fragte, ob das Modellprojekt eine Stückzahlbegrenzung vorsieht.

Herr Teschner verneinte dies.

Herr Raue sagte, dass seiner Meinung nach keine Marktbeschränkung vorgenommen werden sollte, da sich der Markt bei mehreren Anbietern selbst reguliert. Er stimmte Herrn Teschner zu und sagte, dass die Ergebnisse für eine eventuelle Sondernutzung abgewartet werden sollten. Des Weiteren fragte er, wie viele E-Scooter derzeit im Stadtgebiet eingesetzt werden.

Herr Teschner antwortete, dass beide Anbieter jeweils circa 500 E-Roller vorhalten.

Herr Raue merkte an, dass die Haftbarkeit des Betreibers oder Nutzers seiner Meinung nach schwer nachzuverfolgen ist.

Frau Dr. Schöps sagte, dass ihre Fraktion dem Antrag der FDP-Fraktion nicht zustimmen wird, da es sich um eine Reglementierung handelt. Bezugnehmend auf den Antrag der CDU-Fraktion regte sie an, den Zeitraum im Antrag abzuändern, um eine gemeinsame Behandlung mit dem erarbeiteten Mobilitätskonzept vorzunehmen.

Frau Krimmling-Schoeffler wird der Bitte von Herrn Teschner bezugnehmend auf eine Vertagung zustimmen. Sie fragte, ob ein Zwischenbericht zum Arbeitsstand des Mobilitätskonzepts möglich ist, um gegebenenfalls die Rahmenbedingungen abzuändern. Des Weiteren fragte sie, ob die E-Roller der beiden Betreiber mit erneuerbarer Energie geladen werden.

Herr Teschner antwortete, dass bei notwendigen Veränderungen der Betreuung die Anbieter zur Verhandlung bereit sind und bei Bedarf ein allgemeines Verbot der Sondernutzung ausgesprochen werden kann.

Herr Mämecke stellte einen Geschäftsordnungsantrag auf Vertagung der Anträge, bis zum Vorliegen des Mobilitätskonzeptes. Er bat um eine regelmäßige Berichterstattung (1 Mal im Quartal) zum Mobilitätskonzept.

Herr Rebenstorf sicherte eine Berichterstattung zu.

Frau Mark sagte, dass der Antrag ihrer Fraktion nicht an das Mobilitätskonzept gekoppelt werden soll. Sie stellte einen Geschäftsordnungsantrag auf Vertagung des Antrags ihrer Fraktion bis September 2021.

Herr Menke sprach sich gegen eine Vertagung aus, da es sich nur um einen Prüfauftrag handelt.

Frau Lange wies darauf hin, dass Herr Mämecke nur den Antrag seiner Fraktion an das Mobilitätskonzept binden kann.

Herr Raue bat um Abstimmung der beiden Geschäftsordnungsanträge auf Vertagung.

- zu 5.2 **Antrag der CDU-Fraktion zur Prüfung der Vergabe einer Sondernutzungserlaubnis für die Betreiber von E-Tretroller-Verleihsystemen (E-Scooter) für die bessere Steuerung der E-Mobilität in Halle**
Vorlage: VII/2021/02613

Abstimmungsergebnis: vertagt (bis Vorliegen Mobilitätskonzept)

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, die Vergabe einer Sondernutzungserlaubnis für Betreiber von E-Tretroller-Verleihsystemen im Stadtgebiet zu prüfen. Das Prüfergebnis ist dem Stadtrat mit einer Handlungsempfehlung noch vor der Sommerpause vorzulegen. Eine entsprechende Praxis ist auch für eine mögliche zukünftige Anwendung auf Betreiber von Fahrrad-/E-Bikes-/Pedelecs-Verleihsystemen zu prüfen.

- zu 5.11 **Antrag der Fraktion Freie Demokraten (FDP) zur Ausweisung von Stellflächen für E-Scooter an Knotenpunkten**
Vorlage: VII/2021/02778

Abstimmungsergebnis: vertagt

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, explizite Stellflächen für ein E-Scooter Kontingent an Knotenpunkten in der Stadt auszuweisen und diese dann im Rahmen einer Sondernutzungserlaubnis an die Anbieter zu vermieten.

Diese Knotenpunkte sind:

Steintor, Marktplatz, Hallmarkt, Neustadt Zentrum, August-Bebel-Platz, Riebeckplatz, Joliot-Curie-Platz, Leipziger Straße, Riveufer, S-Bahnhof Silberhöhe.

- zu 5.3 **Antrag der CDU-Fraktion zur Qualifizierung des „Integrierten Dürreschutzkonzepts“**
Vorlage: VII/2021/02628

-
- zu 5.3.1 **Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Antrag der CDU-Fraktion zur Qualifizierung des "Integrierten Dürreschutzkonzepts"**
VII/2021/02628
Vorlage: VII/2021/02892

-
- zu 5.3.2 **Änderungsantrag der Fraktion Hauptsache Halle & FREIE WÄHLER zum Antrag der CDU-Fraktion zur Qualifizierung des „Integrierten Dürreschutzkonzepts“**
Vorlage: VII/2021/02893

Herr Dr. Bergner brachte den Antrag seiner Fraktion ein und begründete diesen.

Herr Aldag brachte den Änderungsantrag seiner Fraktion ein und begründete diesen.

Herr Menke zog den Änderungsantrag seiner Fraktion zurück und schloss sich dem Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN an.

zu 5.3.2 Änderungsantrag der Fraktion Hauptsache Halle & FREIE WÄHLER zum Antrag der CDU-Fraktion zur Qualifizierung des „Integrierten Dürreschutzkonzepts“
Vorlage: VII/2021/02893

Abstimmungsergebnis: zurückgezogen

Beschlussvorschlag:

Beschlusspunkt 3 wird geändert und erhält folgende Fassung:

Bei der Fortschreibung des Dürreschutzkonzeptes soll eine Zusammenarbeit mit **wissenschaftlichen Einrichtungen, wie** dem Helmholtz-Zentrum für Umweltforschung Leipzig-Halle **und der Universität Halle-Wittenberg**, gesucht werden. Ziel dieser Zusammenarbeit könnte die Entwicklung von förderfähigen Modellprojekten zur urbanen Vegetationssicherung angesichts zu erwartender klimatischer Veränderungen sein.

Herr Dr. Bergner übernahm den Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Punkt 1. Er sagte, dass ihm offene Formulierung des Änderungsantrags der Fraktion Hauptsache Halle & FREIE WÄHLER im Punkt 3 mehr zusagt.

Herr Aldag gab zu bedenken, dass der Änderungsantrag seiner Fraktion jener ist, der offener formuliert wurde.

Herr Menke bestärkte dies.

Herr Paulsen wies darauf hin, dass im Beschlusspunkt 3 nur eine Anregung an die Stadtverwaltung formuliert werden kann.

Herr Krause unterstützt den Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Er fragte, ob die abgeleiteten Maßnahmen nur umsetzbar sind, wenn Fördergelder generiert werden können, oder ob es so formuliert werden muss, dass Prioritäten in der Haushaltsaufstellung vorgenommen werden müssen. Seiner Meinung nach sollte dabei auch an den Terminus Klimanotstand gedacht werden.

Herr Raue gab zu bedenken, dass der Passus im Antrag „unberücksichtigte Vegetationsbereiche“ für sämtliche Grünflächen im Stadtgebiet ausgelegt werden kann. Dies ist seiner Meinung nach zu unpräzise formuliert und er fragte, welche Bereiche damit gemeint sind. Des Weiteren würde das Ausrufen des Klimanotstandes zu weit gehen, da dies zu Maßnahmen führen könnte, die nicht nur das Bewässern zur Folge haben.

Herr Dr. Bergner antwortete, dass Lösungen gesucht werden sollten, die eine überregionale Förderung ermöglichen. Er sagte, dass er den Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ohne das Gendersternchen übernehmen könnte.

Frau Thomann gab zu bedenken, dass über das eigentliche Dürreschutzkonzept noch nicht diskutiert wurde. Sie fragte, ob sich der Ausschuss nochmal explizit mit dem Konzept beschäftigt.

Herr Aldag sprach sich für die Gendersternchen aus.

Herr Raue fragte, ob Herr Dr. Bergner den Änderungsantrag auch mit Gendersternchen übernimmt.

Herr Dr. Bergner verneinte dies.

Herr Paulsen wies darauf hin, dass die Übernahme eines Antrags stets die Änderung des eigenen Antrags ist und somit nochmals modifiziert werden kann. Herr Dr. Bergner steht es frei, die Gendersternchen wegzulassen und auch Herr Aldag kann seinen Änderungsantrag aufrechterhalten.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen und **Herr Raue** bat um Abstimmung des Änderungsantrags und des Antrags.

zu 5.3 Antrag der CDU-Fraktion zur Qualifizierung des „Integrierten Dürreschutzkonzepts“
Vorlage: VII/2021/02628

**Abstimmungsergebnis sachkundige
Einwohnerinnen und Einwohner:**

mehrheitlich zugestimmt

**Abstimmungsergebnis Stadträtinnen
und Stadträte:**

mehrheitlich zugestimmt

Beschlussvorschlag:

- ~~1. Der Stadtrat beauftragt die Stadtverwaltung, das vorliegende „Integrierte Dürreschutzkonzept“ (VII/2021/02129) um die bisher unberücksichtigten Vegetationsbereiche in der Stadt **und um die Analyse der Möglichkeiten** zu erweitern und sich verstärkt mit Möglichkeiten zusätzlicher Wasserversorgung zu **erweitern**. **Dabei ist die Verbindung zur Arbeit des „Runden Tisches Wasserversorgung“ herzustellen.**~~
1. „Der Stadtrat beauftragt die Stadtverwaltung, **den** vorliegenden **Erarbeitungsstand des „Integrierten Dürreschutzkonzeptes“ (VII/2021/02129) unter Berücksichtigung des Stadtratsbeschlusses vom 18.12.2019 zu einem Strategiefeld „Nachhaltiges Regenwassermanagement“ (Beschluss zu Antrag VII/2019/00463) und unter Einbeziehung der städtischen Unternehmen sowie des Eigenbetrieb Arbeitsförderung zu einem Konzept zur Bewässerung der Stadtbegrünung mit konkreten Maßnahmen / Aufgaben und Zuständigkeiten weiterzuentwickeln.** ~~um~~ die bisher unberücksichtigten Vegetationsbereiche in der Stadt und um die Analyse der Möglichkeiten zusätzlicher Wasserversorgung zu erweitern. **In die Erarbeitung des Bewässerungskonzeptes ist** der „Runden Tisches Wasserversorgung“ einzubeziehen ~~herzustellen.~~“

2. Das vorliegende Dürreschutzkonzept und seine Fortschreibung sollen in das **integrierte kommunale** Klimaschutzkonzept der Stadt Halle eingebunden werden.
- ~~3. „Bei der Fortschreibung des Dürreschutzkonzeptes soll eine Zusammenarbeit mit dem Helmholtz-Zentrum für Umweltforschung Leipzig-Halle und weiteren anderen Wissenschaftseinrichtungen und Akteurinnen und Akteuren (z.B. Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, scientists for future) gesucht werden. Ziel dieser Zusammenarbeit könnte die Entwicklung von förderfähigen Modellprojekten zur urbanen Vegetationssicherung angesichts zu erwartender klimatischer Veränderungen sein.“~~
3. „Bei der Fortschreibung des Dürreschutzkonzeptes soll eine Zusammenarbeit mit dem Helmholtz-Zentrum für Umweltforschung Leipzig-Halle **und weiteren anderen Wissenschaftseinrichtungen und Akteur*innen (z.B. Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, scientists for future)** gesucht werden. Ziel dieser Zusammenarbeit könnte die Entwicklung von förderfähigen Modellprojekten zur urbanen Vegetationssicherung angesichts zu erwartender klimatischer Veränderungen sein.
4. Der Stadtrat beauftragt die Stadt Halle die im „Integrierten Dürreschutzkonzept“ ausgewiesenen Mehrbedarfe an Personal und Technik im Rahmen der Haushaltsplanungen vorrangig bereitzustellen sowie bereits im Haushaltsvollzug 2021 – bei witterungsbedingtem Bedarf – mittels flexibler Bewirtschaftung die notwendigen Ressourcen zum Erhalt des Stadtgrüns bereitzustellen.
5. Der Stadtrat beauftragt die Stadtverwaltung, die bereits vorhandenen ehrenamtlichen Aktivitäten von Bürgerinnen und Bürgern unserer Stadt zur Pflege und Erhaltung von Baumbeständen zu fördern und weiter auszubauen.

zu 5.3.1 **Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Antrag der CDU-Fraktion zur Qualifizierung des "Integrierten Dürreschutzkonzeptes" VII/2021/02628**
 Vorlage: VII/2021/02892

Abstimmungsergebnis sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner:

mehrheitlich zugestimmt

Abstimmungsergebnis Stadträtinnen und Stadträte:

mehrheitlich zugestimmt

Beschlussempfehlung:

1. Beschlusspunkt 1 wird geändert und erhält folgende Fassung.

„Der Stadtrat beauftragt die Stadtverwaltung, ~~das den~~ vorliegenden **Erarbeitungsstand des „Integrierten Dürreschutzkonzeptes“ (VII/2021/02129) unter Berücksichtigung des Stadtratsbeschlusses vom 18.12.2019 zu einem Strategiefeld „Nachhaltiges Regenwassermanagement“ (Beschluss zu Antrag VII/2019/00463) und unter Einbeziehung der städtischen Unternehmen sowie des Eigenbetrieb Arbeitsförderung zu einem Konzept zur Bewässerung der Stadtbegrünung mit konkreten Maßnahmen / Aufgaben und Zuständigkeiten weiterzuentwickeln.** ~~um die bisher unberücksichtigten Vegetationsbereiche in der Stadt und um die Analyse der Möglichkeiten zusätzlicher~~

~~Wasserversorgung zu erweitern. Dabei ist die Verbindung zur Arbeit des~~ **In die Erarbeitung des Bewässerungskonzeptes ist** der „Runden Tisches Wasserversorgung“ einzu-
beziehen herzustellen.“

2. Beschlusspunkt 3 wird ergänzt und erhält folgende Fassung.

„Bei der Fortschreibung des Dürreschutzkonzeptes soll eine Zusammenarbeit mit dem Helmholtz-Zentrum für Umweltforschung Leipzig-Halle **und weiteren anderen Wissenschaftseinrichtungen und Akteur*innen (z.B. Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, scientists for future)** gesucht werden. Ziel dieser Zusammenarbeit könnte die Entwicklung von förderfähigen Modellprojekten zur urbanen Vegetationssicherung angesichts zu erwartender klimatischer Veränderungen sein.

**zu 5.6 Antrag der Fraktion MitBürger & Die PARTEI zur Wiedereinrichtung eines städtischen Forstamtes
Vorlage: VII/2021/02659**

Frau Dr. Schöps brachte den Antrag ihrer Fraktion ein und begründete diesen. Sie stellte einen Geschäftsordnungsantrag auf Vertagung des Antrags, mit der Bitte, dass dieser Antrag vorab im Waldbeirat diskutiert wird.

Frau Thomann sprach sich für eine Vertagung bis Dezember 2021 aus. Des Weiteren regte sie eine gemeinsame Sitzung mit dem Waldbeirat an.

Frau Dr. Schöps merkte an, dass Frau Thomann in der Septemberratsausschusssitzung einen erneuten Geschäftsordnungsantrag auf Vertagung stellen kann.

**zu 5.6 Antrag der Fraktion MitBürger & Die PARTEI zur Wiedereinrichtung eines städtischen Forstamtes
Vorlage: VII/2021/02659**

Abstimmungsergebnis: **vertagt**

Beschlussvorschlag:

1. Der Stadtrat spricht sich für die Wiedereinrichtung eines stadteigenen Forstamtes aus. Das Revier umfasst alle Waldflächen im Eigentum der Stadt Halle (Saale).
2. Das Team Forsten/Landwirtschaft ist für alle Belange des Stadtwaldes zuständig. Der Stellenplan der Stadtverwaltung wird im Team Forsten/Landwirtschaft ab dem Jahr 2022 erweitert um einen Revierförster (m/w/d) in Vollzeit mit einer Stellenbewertung bis E11.
3. Der angehende Revierförster soll über einen Hochschulabschluss (B.Sc./M.Sc. Forstwirtschaft bzw. Diplomforstwirt/Diplomforstingenieur (FH)) verfügen, dem Teamleiter Forsten/Landwirtschaft unterstellt sein und den forstlichen Revierdienst im gesamten Stadtwaldrevier leiten. Dem Revierförster sollen die städtischen Waldarbeitenden unterstehen. Auch soll er gegenüber Waldbesuchenden, Selbstwerbenden, Forstserviceunternehmen und Mitarbeitenden des Eigenbetriebs für Arbeitsförderung (EfA) im Stadtwald weisungsberechtigt sein.
Seine Aufgaben sollen insbesondere sein:
 - Planung, Leitung, Abrechnung und Dokumentation aller im Stadtwald erforderlichen Arbeiten zur nachhaltigen, naturschutzgerechten Waldbewirtschaftung

- gemäß Landeswaldgesetz mit Jahresplänen auf der Grundlage der periodischen Planung (Forsteinrichtung).
- forstfachliche Planung von Erstaufforstungen, Waldumbauten etc. auch bei Kompensationsmaßnahmen Dritter nach Naturschutzrecht und anderen Rechtskreisen
 - Holzvermarktung
 - Verkehrssicherung
 - Waldschutz
 - Öffentlichkeitsarbeit
4. Der zukünftige Revierförster soll als Vertreter des Kommunalwaldes von der Forstbehörde der Stadt zum Mitglied des Forstausschusses nach § 35 LWaldG LSA berufen werden.

zu 5.7 Antrag der Fraktion Hauptsache Halle zum Schutz des Baumbestandes der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: VII/2021/02364

Herr Dr. Thomas zog den Antrag seiner Fraktion zurück.

zu 5.7 Antrag der Fraktion Hauptsache Halle zum Schutz des Baumbestandes der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: VII/2021/02364

Abstimmungsergebnis: zurückgezogen

Beschlussvorschlag:

- (1) Der Stadtrat beauftragt seine Ausschüsse, Planungs- und Baumaßnahmen nur noch dann zu beschließen, wenn diese einen vollständigen Ausgleich aller Baumfällungen vorsehen. Dabei gilt grundsätzlich, dass ein zu fällender Baum durch zwei Neuanpflanzungen zu ersetzen ist.
- (2) Die derzeit geltende Baumschutzsatzung wird entsprechend des Stadtratsbeschlusses vom 18.12.2019 Vorlage VII/2019/00485 überarbeitet und angepasst. Diese neue Satzung wird dem Stadtrat im Mai 2021 zur Beschlussfassung vorgelegt.
- (3) Bis zur Beschlussfassung durch den Stadtrat wird Paragraph 3, Satz 4 der Baumschutzsatzung vom 21.12.2011 gestrichen.

zu 5.9 Antrag der Fraktion Hauptsache Halle & FREIE WÄHLER zur Bepflanzung geeigneter Flächen im Stadtgebiet von Halle (Saale) mit Obstbäumen und Obststräuchern
Vorlage: VII/2021/02486

Herr Menke brachte den Antrag seiner Fraktion ein und begründete diesen.

Herr Krause fragte, wie die Pflanzungen finanziert werden sollen und wer die Pflegearbeiten übernimmt.

Herr Aldag sagte, dass er das Ansinnen des Antrags begrüßt. Er bezog sich auf die Initiative Ernteweg und gab zu bedenken, dass der Pflegeaufwand für solche Obstbäume und -sträucher sehr hoch ist. Weiterhin sagte er, dass es wichtig ist, den vorhandenen halleschen Baumbestand zu erhalten und zu pflegen, bevor solche, wenn auch begrüßenswerte, Projekte beschlossen werden.

Herr Menke wies auf den Punkt 2 des Beschlusspunktes hin. Er äußerte seinen Unmut darüber, dass Prüfanträge bereits im Vorfeld abgeblockt werden, ohne dass entsprechende Ergebnisse vorliegen. Weiterhin gab er zu bedenken, dass Obstbäume auch ohne intensive Pflegemaßnahmen Früchte tragen können. Er warb um Zustimmung.

Herr Paulsen verwies auf die Diskussionen im Ausschuss zum Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu Baumpflanzungen im Stadtgebiet. Es wurde deutlich, dass die Pflegearbeiten solcher Baumpflanzungen sehr aufwendig sind. Des Weiteren wies er darauf hin, dass der Punkt 2 des Beschlusspunktes kein Prüfauftrag ist.

Herr Johannemann ergänzte, dass eine Konzeptentwicklung ebenfalls Personal bindet. Auch die Paten von Patenschaftsbäumen tragen nur einen geringen Teil der Kosten. Dieser deutliche Kostenaufwuchs kann durch die Kommune nicht bewältigt werden.

Frau Krimmling-Schoeffler bezog sich auf das Projekt Bunte Beete in Heide Nord und fragte und sagte, dass die Konzeptbeschreibungen bereits sehr fortgeschritten waren. Sie schlug eine Kontaktaufnahme und Anknüpfung an dieses Projekt vor.

Herr Aldag sagte, dass es sich um konkrete Beauftragungen und nicht um Prüfaufträge handelt. Er plädierte dafür, dass der Erhalt des bestehenden Baumbestandes priorisiert werden sollte.

Frau Thomann wies darauf hin, dass die bereits vorhandenen Obstbäume an den Wegen, die Reste eines jahrzehntelang geübten wirtschaftlichen Systems der Gemeinden sind. Es in der Stadt zu etablieren, ist ihrer Meinung nach nicht umsetzbar. Des Weiteren sagte sie, dass die AWO SPI Interessenten sucht, die sich gärtnerisch für das Nachfolgeprojekt Neutopia betätigen wollen. Sie regte eine Unterstützung dieses Projektes an.

Frau Dr. Schöps sagte, dass ihre Fraktion dem Antrag nicht zustimmen wird. Sie merkte an, dass es für dieses Gebiet bereits eine interaktive Karte (Mundraub.org) gibt.

Herr Menke sagte, dass der Antrag aufgrund der Bedenken in einen Prüfauftrag umformuliert wird. Er stellte den Geschäftsordnungsantrag auf Vertagung.

Es gab keinen Widerspruch zur Vertagung.

zu 5.9 Antrag der Fraktion Hauptsache Halle & FREIE WÄHLER zur Bepflanzung geeigneter Flächen im Stadtgebiet von Halle (Saale) mit Obstbäumen und Obststräuchern
Vorlage: VII/2021/02486

Abstimmungsergebnis: **vertagt**

Beschlussvorschlag:

- (1) Die Stadtverwaltung wird beauftragt, ein Konzept über Sorten und Standorte für Obstbäume und Obststräucher zu entwickeln, die im Stadtgebiet von Halle (Saale) 2022 gepflanzt werden sollen. Das Konzept wird dem Stadtrat im III. Quartal 2021 vorgelegt.
- (2) Die Stadtverwaltung wird beauftragt, ein Patenschaftsprogramm aufzulegen, in dessen Rahmen Standorte ermittelt werden, an denen Privatpersonen Obstbäume und Obststräucher stiften können.
- (3) Die Stadtverwaltung wird beauftragt, eine interaktive Karte zu entwickeln, auf der sich interessierte Einwohner*innen informieren können und diese im Internet zu veröffentlichen.

**zu 5.10 Antrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) Mehrwegsysteme fördern – Verpackungsmüll reduzieren
Vorlage: VII/2021/02661**

Frau Dr. Burkert brachte den Antrag ihrer Fraktion ein und sagte, dass dieser in eine Anregung umgewandelt wird, da sich seit der Einbringung des Antrags im Stadtrat viel getan hat (Bsp. Einwegkunststoffverbotsverordnung). Sie zog den Antrag zurück.

**zu 5.10 Antrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) Mehrwegsysteme fördern – Verpackungsmüll reduzieren
Vorlage: VII/2021/02661**

Abstimmungsergebnis: zurückgezogen

Beschlussvorschlag

Die Verwaltung wird beauftragt gemeinsame Handlungsansätze zur Förderung von Mehrwegverpackungen im Stadtgebiet zu entwickeln. Folgende Punkte sind zu berücksichtigen.

1. Es findet eine regelmäßige Berichterstattung über die Novellierung des Verpackungsgesetzes und die entsprechenden Folgen für Betriebe, Verbraucherinnen, Veranstaltungen und Festivals statt.
2. Die Verwaltung richtet unter Beteiligung der Gastronomie sowie ExpertInnen aus der Zivilgesellschaft einen Runden Tisch ein. Ziel des runden Tisches ist es, Unterstützungsmöglichkeiten und -leistungen seitens der Stadtverwaltung zu identifizieren und eine öffentliche Kampagne zu entwickeln, um das Bewusstsein für die Thematik zu erhöhen.

zu 6 schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten

zu 6.1 Anfrage der Stadträtin Marion Krischok (DIE LINKE) zur Übernahme von Patenschaften Vorlage: VII/2021/02780

Frau Krischok nahm Bezug zum Punkt 3 und fragte, wer für die Kosten der Schilder aufkommt.

Herr Johannemann sicherte eine schriftliche Beantwortung zu.

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

zu 7 Mitteilungen

zu 7.1 Baumfällliste

Die Baumfällliste wurde zur Kenntnis genommen.

zu 8 Beantwortung von mündlichen Anfragen

zu 8.1 Herr Krause zum Runden Tisch Wasserhaushalt

Herr Krause fragte, wann der kommende Runde Tisch Wasserhaushalt stattfindet.

Herr Johannemann antwortete, dass eine Sitzung für Anfang September avisiert ist.

zu 8.2 Frau Dr. Schöps zum Ordnungsamt

Frau Dr. Schöps stellte eine vorab schriftlich eingereichte Frage zum Ordnungsamt:

- Im vergangenen Jahr wurde das Ordnungsamt der Stadt Halle (Saale) personell aufgestockt. Vor diesem Hintergrund frage ich:
 1. Wie viele Mitarbeitende wurden im Ordnungsamt seit dem 01.09.2020 neu eingestellt?
 2. Bei wie vielen der neu eingestellten Mitarbeitenden handelt es sich um Quereinsteiger*innen, die eine Umschulung/Weiterbildung absolviert haben und nicht über eine dreijährige Ausbildung zum bzw. zur Verwaltungsfachangestellten verfügen?
 3. Beinhalten die Umschulungen ein Deeskalationstraining?
 4. Bietet die Stadt Halle (Saale) ihren Mitarbeitenden im Außendienst Fortbildungen im Bereich Deeskalation und Konfliktmanagement an?

Herr Teschner antwortete, dass fünf neue Mitarbeiter*innen, wovon 2 Quereinsteiger sind, im Außendienst/ FB Sicherheit eingestellt wurden. Alle Mitarbeiter*innen im Außendienst erhalten ein Deeskalationstraining, was Bestandteil der Aus- und Fortbildung ist.

Frau Dr. Schöps fragte, wie viele Mitarbeitende im Außendienst über ein Zertifikat als Konfliktmanager.

Herr Teschner antwortete, dass alle Vollzugsbediensteten ein solches Training absolvieren, da es Bestandteil der Ausbildung ist.

zu 8.3 Herr Doege zur Talstraße

Herr Doege berichtete, dass in der Talstraße auf beiden Seiten neue Wege (Fußwege mit Freigabe für den Fahrradverkehr) angelegt wurden. Er fragte, ob es möglich ist, eine Seite nur für den Fahrradverkehr und die andere für Fußgänger*innen auszuweisen.

Herr Teschner antwortete, dass dieses Thema bereits umfangreich diskutiert wurde. Die Wege wurden aufgrund der verkehrlichen Anbindung so angelegt.

zu 8.4 Herr Aldag zu Naturschutzmaßnahmen

Herr Aldag berichtete, dass 6 Millionen Euro (ELER-Programm) für Naturschutzprojekte in Sachsen-Anhalt bereitstehen. Er fragte, ob die Stadt Halle (Saale) geeignete Projekte hat und dafür Förderanträge stellen wird.

Herr Johannemann antwortete, dass dieser Fond für die Entwicklung des ländlichen Raumes gedacht ist und demzufolge eine Förderung für die Stadt meistens nicht infrage kommt. Er sicherte eine Prüfung zu.

zu 8.5 Frau Dr. Burkert zur Freihaltung von Zufahrtswegen

Frau Dr. Burkert berichtete, dass am 05. Juli 2021, in der Pfälzer Str./ Ecke Ankerstr., die Löschfahrzeuge der Feuerwehr nicht abbiegen konnten, weil die Kreuzung mit Falschparkern zugestellt war. Sie fragte, ob der der Stadtverwaltung die angespannte Parksituation in dem Bereich bekannt ist und welche Maßnahmen geplant sind.

Herr Teschner antwortete, dass der Sachverhalt bekannt ist und intensiviertere Kontrollen durchgeführt werden.

Frau Dr. Burkert fragte, ob es vorstellbar ist, in diesem Bereich Fahrradbügel zu installieren.

Herr Teschner antwortete, dass die Anregung geprüft wird.

zu 8.6 Frau Dr. Burkert zur Ausstattung Feuerwehr

Frau Dr. Burkert fragte, ob die hallesche Feuerwehr für die Brandbekämpfung von Elektroautos ausgestattet ist.

Herr Teschner bejahte dies.

zu 8.7 Frau Dr. Burkert zum Gartenverein Fuchsberg

Frau Dr. Burkert berichtete, dass abgestorbene Bäume am Gartenverein Fuchsberg in Richtung Gartenanlage fallen. Sie fragte, ob die Gefahrensituation der Stadtverwaltung bekannt ist und wenn ja, wann diese entfernt werden.

Herr Teschner antwortete, dass die Bäume (Birken) auf einem privaten Grundstück stehen. Der Eigentümer wurde informiert.

zu 8.8 Frau Dr. Burkert zur Außengastronomie

Frau Dr. Burkert berichtete, dass Bürger*innen im McDonald's (Halle-Neustadt) ihre Kontaktdaten im Außenbereich hinterlegen mussten. Sie fragte nach den derzeitigen Bestimmungen.

Herr Teschner antwortete, dass eine Kontaktverfolgung in der Außengastronomie generell nicht mehr notwendig ist. Er bat um Zusendung des genauen Vorfalles.

zu 8.9 Herr Dr. Bergner zum Riveufer

Herr Dr. Bergner fragte, ob es angedacht ist, am Saalestrand des Riveufers wieder einen Sandstreifen anzulegen und ob das vertraglich mit dem Wasser- und Schifffahrtsamt geregelt ist.

Herr Johannemann antwortete, dass zwischen der Stadtverwaltung und der Schifffahrtsverwaltung des Bundes ein Nutzungsvertrag zu dieser Fläche besteht. In diesem Vertrag sind Rechte und Pflichten der Partner niedergeschrieben. Die Liegewiese ist Eigentum des Schifffahrtsamtes. Die Sandabladung erfolgte immer über einen Sponsor. Eine Verpflichtung zur regelmäßigen Sandabkippung besteht von Seiten der Kommune nicht.

zu 8.10 Frau Krischok zum Saalestrand

Frau Krischok fragte, ob es möglich ist, dass ein Piktogramm am Saalestrand angebracht werden kann.

Herr Johannemann antwortete, dass es kein Piktogramm für „vom Baden wird abgeraten“ gibt.

zu 8.11 Frau Krischok zu Gießpatenschaften

Frau Krischok sagte, dass in der Niederschrift vom April zugesichert wurde, dass in der Juniausschusssitzung über Gießpatenschaften informiert wird. Sie fragte, wann eine entsprechende Mitteilung erfolgt.

Herr Johannemann sicherte in der kommenden Ausschusssitzung eine Mitteilung zu.

zu 8.12 Frau Krischok zur Toilette auf der Ziegelwiese

Frau Krischok fragte, ob die Toilettenanlage auf der Ziegelwiese auch eine Behindertentoilette haben wird.

Herr Rebenstorf verneinte dies. Er sicherte eine Kontaktaufnahme mit dem Betreiber zu.

zu 8.13 Frau Krischok zum Präventionsrat

Frau Krischok fragte, ob es einen neuen Stand zum Präventionsrat gibt.

Herr Paulsen verneinte dies.

zu 8.14 Frau Krischok zur Baumfällliste

Frau Krischok bezog sich auf die Nr. 1099 der Baumfällliste und sagte, dass der Oberbürgermeister in der Julistadtratssitzung 2020 sagte, dass keine weiteren Aufgaben und Kosten für den Einsatz der Hundertschaft der Bereitschaftspolizei bestehen. Sie bat um Stellungnahme.

Herr Paulsen antwortete, dass es sich um ein Grundstück des Landes handelt, welche auch die Arbeiten durchführen werden. Es wurde festgestellt, dass für die polizeibenötigte Ausfahrt in die Murmanker Straße Ausbesserungen nötig sind, da die dort stehende Weide den Betonboden erheblich angehoben hat.

zu 8.15 Herr Krause zu Gießpatenschaften

Herr Krause sagte, dass auf der halleschen Internetseite am 3. Juli 2021 verkündet wurde, dass 500 Feedbacks zu Gießpatenschaften (Schwerpunkt Kitas) ausgeteilt wurden.

zu 8.16 Herr Raue zu Mülleimern an Spielplätzen

Herr Raue fragte, ob es möglich ist, gelbe Mülltonnen an Spielplätzen aufzustellen, um eine Mülltrennung ermöglichen zu können.

Herr Johannemann sicherte eine Prüfung zu. Über die Ergebnisse wird er in der kommenden Ausschusssitzung informieren.

zu 8.17 Herr Breitengraser zu E-Scooter

Herr Breitengraser bezog sich auf die Diskussion zu E-Scooter und fragte, ob der Stadtverwaltung bekannt ist, dass auch in Halle (Saale) vermehrt Roller in Flüssen und Seen versenkt werden.

Herr Teschner antwortete, dass zwei Einzelfälle der Stadtverwaltung bekannt sind. Die Betreiber der Roller sorgen für mögliche Bergungen.

zu 8.18 Herr Breitengraser zum Glauchaer Platz

Herr Breitengraser fragte, ob es einen aktuellen Stand zum Glauchaer Platz gibt, da die Baumaßnahme viele Anwohnerproteste ausgelöst hat.

Herr Teschner verwies auf die morgige Pressemitteilung. Die Umleitung erfolgt vorerst nicht über die Kefersteinstraße. Zudem wird es eine Vorwegweisung geben, den Bereich weiträumig zu umfahren.

zu 8.19 Frau Dr. Schöps zur nächtlicher Lärmbelästigung

Frau Dr. Schöps stellte eine vorab schriftlich eingereichte Frage zur nächtlichen Lärmbelästigung:

- Im Zuge der Diskussion um unseren Antrag zur Koordinierungsstelle Nachtleben wurden wir von Nachbarn der Studentenwohnanlage am Landrain kontaktiert, die seit Monaten mit nächtlichen Lärmbelästigungen zu kämpfen haben.
- Ist dieser Fall bekannt? Wie schätzt die Verwaltung die Situation ein?

Herr Teschner antwortete, dass der Fall der Stadtverwaltung bekannt ist und intensivere Kontrollen durchgeführt wurden. Es gab mehrere sensibilisierende Gespräche. Eine verstärkte Bestreifung erfolgt auch noch in den kommenden Wochen.

zu 8.20 Frau Dr. Schöps zum Mühlbach-Weg

Frau Dr. Schöps stellte eine vorab schriftlich eingereichte Frage zum Mühlbach-Weg:

- Aus dem Stadtviertel „Frohe Zukunft“ erreichte uns der Hinweis, dass der Mühlbach-Weg aktuell stark zugewachsen ist. Hat die Verwaltung die Pflege des Wegs im Blick?

Herr Rebenstorff sicherte eine schriftliche Beantwortung zu.

zu 8.21 Frau Dr. Schöps zur Beantwortung von schriftlichen Anfragen von Bürger*innen

Frau Dr. Schöps stellte eine vorab schriftlich eingereichte Frage zur Beantwortung von schriftlichen Anfragen von Bürger*innen:

- Wie lange braucht das Umweltamt statistisch gesehen, für die Beantwortung von schriftlichen Anfragen von Bürger*innen?

Herr Johannemann antwortete, dass die Beantwortungszeit vom Einzelfall abhängig ist. Er bat um die Zusendung des Einzelfalls.

zu 8.22 Frau Dr. Schöps zum DHL-Hub

Frau Dr. Schöps stellte eine vorab schriftlich eingereichte Frage zum DHL-Hub:

- Ist es der Verwaltung bekannt, dass auf der Freifläche hinter dem toom Baumarkt ein Hub (Verteilzentrum) der DHL entstehen soll? Gibt es dazu bereits Baugenehmigungsanträge? Sollte dies so sein, wie passt das zur momentan zurück gestellten Verlängerung der Nord-Tangente?

Herr Rebenstorf antwortete, dass es keine Verlängerung der Ost-Tangente geben wird. Er sicherte eine Prüfung bezüglich des Bauantrages zu.

zu 8.23 Frau Dr. Schöps zu einem Grünstreifen in Seeben

Frau Dr. Schöps stellte eine vorab schriftlich eingereichte Frage zu einem Grünstreifen in Seeben:

- In Seeben wurde ein kleiner Grünstreifen auf dem Gehweg an der Bushaltestelle Howorkastrasse zugepflastert. Gibt es dazu eine Begründung?

Herr Rebenstorf sicherte eine schriftliche Beantwortung zu.

zu 8.24 Frau Dr. Schöps zu geringelten Bäumen in Seeben

Frau Dr. Schöps stellte eine vorab schriftlich eingereichte Frage

- Die geringelten Bäume am Franzosensteinweg sollen nach Aussage der Verwaltung die alte Lehm-mauer beschädigen. Durch das Ringeln bleibt die Gefahr jedoch bestehen. Auch stehen einige andere Bäume näher an der Mauer. Warum werden diese nicht auch geringelt? Wenn der Verwaltung so viel an der Mauer gelegen ist, warum wird sie nicht saniert?

Herr Johannemann sicherte eine schriftliche Beantwortung zu.

zu 9 Anregungen

Es gab keine Anregungen.

Herr Raue beendete die öffentliche Sitzung und bat um Herstellung der Nichtöffentlichkeit.

Für die Richtigkeit:

Alexander Raue
Ausschussvorsitzender

Sarah Lange
Protokollführerin